

Grenzöffnung und Straßenbau zwischen den Landkreisen Haßberge und Hildburghausen zur Jahreswende 1989/90 – Eine Dokumentation des Historischen Vereins Landkreis Haßberge*

Eine Resolution des Kreistags Haßberge war im November 1989 die Initialzündung für ein einmaliges Straßenbauvorhaben zur Grenzöffnung von Unterfranken nach Thüringen. Durch beharrliches Drängen der politisch Verantwortlichen im Landkreis Haßberge, allen voran der damalige Landrat Walter Keller gemeinsam mit seinem Thüringer Kollegen Hans Müller, wurde es möglich, in 74 Tagen eine 3,8 km lange Straße aus Haushaltsmitteln des Freistaats Bayern in Thüringen zu bauen und auf diese Weise einen neuen Grenzübergang zu schaffen. Die Menschen beiderseits der noch bestehenden Grenze sollten möglichst einfach und schnell zusammen kommen können. Das damalige Geschehen kann als Lehrbeispiel dafür dienen, wie man durch konzentriertes und konzentriertes Handeln unüberwindlich scheinende Hürden überwinden kann.

Walter Keller

Zum zeitgeschichtlichen Bezugsrahmen

Ganz bewusst haben wir in die Einleitung unserer Dokumentation jene allgemeinen, internationalen und nationalen Ereignisse sowie deren nicht zu übersehenden Wirkungsstränge aufgenommen. Denn sie haben auch bei uns in der Region „grenzüberschreitend“ sowohl im Süden des Kreises Hildburghausen als auch im

Norden unseres Landkreises Haßberge das unvergessene historische Schlaglicht entzündet. Kein Geringerer als unser großer deutscher Dichter Johann Wolfgang von Goethe erklärte die Historie zur „*geheimnisvollen Werkstatt Gottes*“, in der unermesslich viel Gleichgültiges und Alltägliches geschieht. Auch in ihr sind wie überall im Leben die erhabenen, die unermesslichen Momente selten. Meistens reiht die Historie sich in jene große Kette ein, die durch Jahrzehnte und Generationen reicht; denn alle Spannung braucht Zeit der Vorbereitung sowie jedes Ereignis Entwicklung. Mit einer solchen Sicht lassen sich auch die Entwicklungen und Ereignisse nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sowie in den folgenden Jahrzehnten des so genannten „*Kalten Krieges*“ nachvollziehen und einordnen.

Rückblickend betrachtet, begann der vielfältige Wendeprozess international mit einer vergleichsweise langdauernden *Inkubationsphase* am 1. August 1975 durch die KSZE-Schlusserklärung in Helsinki. Sie schwappte in eine nationale *Initiierungsphase* ab der Jahreswende 1987/88, markiert durch die Vorgänge um die Berliner Umweltbibliothek im November 1987 und die Luxemburg-Liebkecht-Demonstration im Januar 1988 über. Dieses anfängliche DDR-interne erste Erdbeben steigerte sich dann im Umfeld der Kommunalwahlen vom Mai 1989 in eine sich beschleunigende *Intensivierungsphase*, insbesondere durch die ungarische Grenzöffnung und ihre Folgen,

die schließlich am 9. Oktober in Leipzig eine erste große und auch international medienwirksame Massendemonstration verursachte. Diese verdichtete Phase erreichte in Folge ihre Höhepunkte durch die Ablösung des Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker und den Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989.

An dessen Ende drängte sich eine unermessliche Fülle von Geschehnissen und Entscheidungen in die kürzeste Zeitspanne zusammen: bildlich – physikalisch – ausgedrückt wie die Elektrizität aus der Atmosphäre in der Spitze eines Blitzableiters. Insoweit nehme ich ganz bewusst Bezug auf die Einleitung der Dokumentation, die jene Abschnitte der Wirkungsstränge darlegt sowie die Spannungen und Umbrüche aufzeigt, wie sie sich im Ostblock einschließlich in der DDR auffallend verdichteten und die letztlich in der friedlichen Revolution ihre einmalige Hochphase erreichen sollten. *„Solche dramatisch geballten, solche schicksalsträchtigen Stunden, in denen eine zeitüberdauernde Entscheidung auf ein einziges Datum, eine einzige Stunde und oft nur eine Minute zusammengedrängt ist, sind selten im Leben eines Einzelnen und selten im Laufe der Geschichte.“*¹

Für uns Deutsche war, ist und bleibt eine solche Stunde mit dem 9. November 1989 unzertrennlich verknüpft. An diesem Tag, gegen 18.50 Uhr, hielt nämlich Politbüromitglied Günter Schabowski nach der Sitzung des Zentralkomitee der SED eine internationale Pressekonferenz ab. In ihr teilte er mit, das ZK habe einen Politbüro-Beschluss zum künftigen Reisegesetz bestätigt. Auf die gezielte Nachfrage eines italienischen Journalisten erklärte der sichtlich überanstrengte Schabowski objektiv falsch und subjektiv irrtümlich, das neue Reisegesetz gelte ab sofort. Damit war – wenn auch von dem noch herr-

schenden SED-Regime ungewollt – der Fall der seit 1961 existierenden Mauer sowohl für die anwesenden Journalisten als auch die Berliner Demonstranten direkt „umsetzbar“ endgültig in Gang gesetzt worden. Dank der aktuellen Nachrichtensendungen konnten alle interessierten Bürger fast zeitgleich diesseits und jenseits der innerdeutschen Grenze jene „Sternstunde“ miterleben. Eine Sternstunde, die dann für uns im Grenzlandkreis Haßberge jenen nachhaltigen Motivationsschub auslöste, der letztlich unverzichtbar war, um bereits am 26. Januar 1990 den *Eisernen Vorhang* zwischen den Kreisen Hildburghausen und Haßberge auch endgültig zu beseitigen sowie die auf unsere Kosten wiedererrichtete, notwendige Anschlussstrecke für den künftigen grenzüberschreitenden Straßenverkehr freizugeben.

Um dieses einmalige zeitgeschichtliche Schlaglicht in seiner nachvollziehbaren Strahlkraft auch künftigen Generationen sowohl in unserer fränkischen Heimat als auch im benachbarten, mit uns seit 22 Jahren wiedervereinigten Thüringen seriös zu vermitteln, initiierte der Historische Verein Landkreis Haßberge die Dokumentation „Grenzöffnung und Straßenbau zwischen den Landkreisen Haßberge und Hildburghausen zur Jahreswende 1989/90“.

Rainer Freiherr von Andrian-Werburg

Zum Inhalt der Dokumentation

Auch ich will eingangs auf die Pressekonferenz Günter Schabowskis Bezug nehmen. Seines Zeichens Mitglied des Politbüros der SED, zumal als Hauptstadtschef der Partei, war er damals ein mächtiger Mann. Er lieferte die „Initialzündung“ zu dem Geschehen, das wir dokumentieren,

als er auf der Pressekonferenz nach einer Sitzung des Zentralkomitees der SED in Ostberlin mitteilte, *„Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen (Reiseanlässe und Verwandtschaftsverhältnisse) beantragt werden. Die Genehmigungen werden kurzfristig erteilt.“* Auf Nachfrage fügte er hinzu, das neue Reisegesetz gelte ab sofort. Was in Berlin dann folgte, ist bekannt.

Die von den Ostberlinern in der Nacht des 9. November erzwungenen, innerstädtischen Grenzöffnungen mobilisierten auch die „Haßbergler“ an der thüringisch-bayerischen Grenze. Parteiübergreifend nutzten politisch Verantwortliche die Gunst, ja die Euphorie der Stunde, um sich einzuschalten, um den Weg für eine gemeinsame deutsche Zukunft auch von Franken aus mitzugestalten.



Abb. 1: Die DDR-Grenzanlagen zwischen Hellingen und Allertshausen.

Ottomar Welz, der Erste Bürgermeister der an der Grenze gelegenen Marktgemeinde Maroldsweisach hatte mit der Straße von Allertshausen nach Hellingen gleich die geeignete „Einstiegsstelle“ parat. Diese alte Verbindung muss wieder hergestellt werden, war sein Credo, um den gegenseitigen Weg von Mensch zu Mensch über die Grenze hinweg zu öffnen. Das kam bei Ottomar Welz nicht von ungefähr, denn er hatte in all den Jah-

ren seit 1973 die Möglichkeiten des kleinen Grenzverkehrs intensiv genutzt, dabei Kontakte insbesondere auch zu den unmittelbaren Nachbarkommunen jenseits der Grenze geknüpft und gepflegt.

Die Plattform für eine Initiative bot vier Tage später die Kreistagssitzung am 13. November. Mit einem allseits unterstützten Antrag brachte Ottomar Welz das Thema auf die Tagesordnung. Inhaltlich bat er den Kreistag um Unterstützung seiner Gemeinde bei dem Ziel, einen neuen Grenzübergang zu schaffen und zwar im Verlauf der früheren Land- und heutigen Staatsstraße 2284 in Richtung Hildburghausen. Zur Begründung führte er aus: *„Wir halten diesen Grenzübergang für besonders wichtig, da das Gebiet der DDR hier wie ein Keil nach Bayern hineinragt und die Bevölkerung aus diesem DDR-Gebiet gezwungenermaßen zum Besuch hier Umwege von 100 bis 120 km in Kauf nehmen muss.“*

Nach eingehender Diskussion beschloss der Kreistag einstimmig eine entsprechende Resolution. Sie sollte als Eingabe breit in den politischen Raum auf Bundes- und Landesebene hinein gesteuert werden. Ihr zentraler Punkt lautete: Der Kreistag macht sich den Vorschlag der Marktgemeinde Maroldsweisach zu eigen, einen neuen Grenzübergang im Verlauf der Staatsstraße 2284 in Richtung Heldburg und Hildburghausen zu eröffnen. Dieser, für unseren Landkreis einzige Übergang sollte den freien Verkehr von Personen, Informationen und Gütern umfassen, und zwar in beiden Richtungen.

Der Landrat ging mit seinen leitenden Mitarbeitern unverzüglich daran, diese Resolution für eine regionale Zukunftsperspektive umzusetzen. Wen wundert es bei der Einmaligkeit des Geschehens, dass sich das für alle Beteiligten als eine ganz besondere Herausforderung erwies. Nicht

erst aus heutiger Sicht, waren da große Probleme zu lösen. Zum Einen konnte und durfte niemand aus den Augen verlieren, wie sich die Situation jenseits der innerdeutschen Grenzen entwickelte, dass sie sich nahezu täglich anders darstellte. Zum Andern war bei verantwortlichen Entscheidungsträgern in Bonn und München eine enorme Überzeugungsarbeit zu leisten. Dies war Stress pur, wie die vielen am 14. November versandten und in der Dokumentation aufgelisteten Briefe und Faxe deutlich machen. Von den Begleit-Telephonaten und den Schwierigkeiten, mit der Hildburghäuser Seite direkt ins Gespräch zu kommen, gar nicht zu reden. – Wenn da der Sonderkurier Ottomar Welz nicht gewesen wäre!

Parlamentarische Aktivitäten von unserem Stimmkreisabgeordneten Albert Meyer und dem Schweinfurter MdL Werner Hollwich trugen das Anliegen, die Forderung sehr bald personifiziert nach München. Ganz besonders aber unterstrichen die Bürger vor Ort am 2. Dezember ihren Willen nach einem Grenzübergang. Ottomar Welz war die Information zugegangen, dass die Bürger aus Hellingen und dem Heldburger Unterland an diesem Tag bis zur Grenze „durchmarschieren“ wollten. Er seinerseits rief die Seinen auf das Nämliche von der anderen Seite aus zu tun. Der seinerzeitige Amtsvorstand des Straßenbauamts Schweinfurt Ltd. Baudirektor Fritz Wagner schilderte das zwanzig Jahre später in einem Vortrag wie folgt: *„Die Hellingener vor dem Osttor, die Maroldsweisacher vor dem Westtor. Sie wollten damit den ‚Eisernen Vorhang‘ in die Zange nehmen. Davon hatten offenbar auch die Grenzwächter Wind bekommen. Als die thüringischen Demonstranten von Hellingen das östliche Grenztor des ‚Eisernen Vorhangs‘ erreichten, erlebten sie eine große Überraschung, denn*

das sonst so fest verschlossene Tor stand weit offen. Die Demonstranten drangen in die bis dahin streng bewachte Sicherheitszone und anschließend in die militärische Schutzzone, d.h., in den sogenannten Todesstreifen, ein. Von der anderen Seite belagerten die Maroldsweisacher das Tor. Und da geschah das Unfassbare: die DDR-Grenzer gaben nach und schraubten Teile des Grenzzauns ab. Man lag sich in den Armen. Das Volk hatte die Grenze besiegt.“

Just an dieser Stelle trafen sich – schon vor den Wochendereignissen verabredet – erstmals Landrat Walter Keller und Hans Müller, der Vorsitzende des Rates des Kreises Hildburghausen, dann am folgenden Montag jeweils von einer Delegation sachverständig begleitet. Nach einem ersten „Beschnuppern“ – da trafen ja Welten und Weltanschauungen aufeinander wie sie unterschiedlicher nicht sein konnten – fand man eine Gesprächsebene und konzentrierte sich auf die Frage einer Grenzöffnung und den dazu notwendigen Straßenausbau. Den Zustand der auf Thüringer Seite nicht mehr vorhandenen Straße hat Fritz Wagner in seinem Vortrag mehr als deutlich geschildert.²

Von der Begegnung nahm Walter Keller das Eingeständnis von Hans Müller mit, dass von DDR Seite außer einer erhofften und in Aussicht gestellten politisch-ideellen Mitwirkungsbereitschaft nichts zu erwarten sei. Aber genauso klar war seine Schlussfolgerung für die fränkisch-bayerische Seite: nämlich die feste Überzeugung, dass jetzt die Staatsregierung am Zuge und in der Verantwortung sei. Sie müsse sich, wenn sie nicht eine riesige Chance auslassen wollte, ein Zeichen zu setzen, aus gesamtpolitischen Erwägungen vor allem auch finanziell engagieren. Das war die gedankliche Geburtsstunde der „Vereinbarung“. Diese Vereinbarung

war allerdings noch zu formulieren. Das erwies sich als absolutes, tatsächliches und rechtliches Neuland. Dafür gab es keinerlei Vorlage, wo man eine Anleihe hätte nehmen oder gar abschreiben können.

Mit grundsätzlicher Zustimmung des zuständigen Staatssekretärs Dr. Peter Gauweiler machte sich Walter Keller ans Werk. In einer Nachschicht entstand ein Entwurf, der für beide Seiten staatsrechtlichen und für Bayern zusätzlich haushaltsrechtlichen Sprengstoff enthielt. Ging es doch um nicht weniger als um eine Grenzöffnung zwischen zwei bislang nicht gerade befreundeten Staaten und um außerplanmäßige Geldausgaben, noch dazu auf fremdem Territorium. Schon am 7. Dezember fanden sich 22 Personen aus Ost und West im Maroldsweisacher Rathaus ein, um den Entwurf zu diskutieren und schließlich zu verabschieden. Dieses Gespräch fand auf Augenhöhe und in großer Bereitschaft statt, sich den realen Anforderungen und Möglichkeiten zu stellen.

Parallel zur Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen intensivierte Fritz Wagner die straßenbaufachlichen Vorbereitungen. Schließlich wollte man ja mit der Straße den Todesstreifen überwinden. Da galt es festzulegen, was die DDR-Seite erbringen musste: Abbau des Grenzzauns, Sicherung von Leitungen, Rodung von Wildwuchs.

Der ausverhandelte Vereinbarungstext wurde schnellstmöglich auf den Weg nach München gebracht. Denn ohne eine zustimmende Entscheidung des bayerischen Ministerrats wären alle Mühen umsonst gewesen. In der Kabinettsitzung vom 12. Dezember 1989 hatte Staatssekretär Albert Meyer, wie er dem Landrat dann zu Weihnachten schrieb, einige Hürden zu überwinden, um ein positives Votum herbeizuführen. Wie unsicher sich die

Staatskanzlei war, mag man auch daraus ersehen, dass trotz der Einmaligkeit des Sachverhalts die „Information für die Presse“ nach der Kabinettsitzung keinen Hinweis auf diesen Punkt enthielt.

Öffentlich wurde die Kabinettsentscheidung erst am nächsten Tag durch den damaligen Innenminister Dr. Edmund Stoiber. Er musste im Plenum des Landtags eine mündliche Anfrage des Schweinfurter SPD-Abgeordneten Werner Hollwich beantworten. Dieser hatte gefragt, warum die Staatsregierung die Vereinbarungen nicht genehmigt habe.

Die Kernaussage von Stoibers Antwort lautete: *„Im Hinblick auf die ganz besonderen Umstände besteht die Absicht, ausnahmsweise die Kosten für den Ausbau der 3,8 km langen Straße von der Grenze nach Hellingen bis zu einer Höhe von 600.000 DM aus Haushaltsmitteln des Freistaats Bayern zu finanzieren.“* Es solle aber eine Erstattung durch den Bund erreicht werden. Diese wurde Ende des Jahres dann auch zugesagt.

Obwohl nicht ausdrücklich gesagt, beinhaltete diese Formulierung auch die dauerhafte Grenzöffnung. Ob darin eine Anmaßung bundesrechtlicher Kompetenz enthalten oder ob die Vereinbarung und die Ministerratsentscheidung rechtlich ohne Belang war, wen interessiert das heute noch? Die Wirklichkeit ist damals schnell und heute längst darüber hinweggegangen.

Auch das gehört zur Historie: Der Landrat hat nie eine schriftliche Ermächtigung zur Unterschriftsleistung erhalten. Auf eine entsprechende Nachfrage wurde das Landratsamt beschieden, Staatsminister Dr. Stoiber habe durch seine Antwort auf die mündliche Anfrage im Landtag den Kabinettsbeschluss der Öffentlichkeit bekannt gemacht und damit die Unterschrift sanktioniert.



Abb. 2: Gegenseitige Vertragsübergabe am 13. Dezember 1989.

Am 13. Dezember also war der Weg frei für die Unterschriften unter die Vereinbarung. Auch das soll festgehalten werden: Nach Unterrichtung seines Rates unterzeichnete Hans Müller ohne irgendeine Absicherung „von oben“, also vom Bezirk Suhl oder gar von Ostberlin, für den Kreis Hildburghausen die Vereinbarung. Bei der Pressekonferenz nach der Unterschrift unter die Vereinbarung bezeichnete er diese süffisant, so erscheint es mir heute, „als bestimmtes Vorab, um auf höherer Ebene zu Vereinbarungen zu kommen“. So kann man es im „Fränkischen Tag“ vom 14. Dezember 1989 nachlesen.

Vor einigen skizzenhafte Bemerkungen zum Inhalt der Vereinbarung möchte ich hier besonders betonen, daß zum damaligen Zeitpunkt eine Wiedervereinigung eindeutig noch nicht auf der Agenda stand. Es ging um die machbare nächste Zukunft, um die Schaffung eines gutnachbarschaftlichen Verhältnisses, vergleichbar etwa zwischen Bayern und Österreich. So greift die Präambel die Diktion „Grenzübergangsstelle zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokra-

tischen Republik“ auf. Der Vereinbarung wird örtliche Bedeutung im Blick die Kreise Hildburghausen und Haßberge zugesprochen; sie enthält aus Rücksicht auf die Sicherheitsinteressen der DDR sehr detaillierte Regelungen zu deren Grenzregime. Ganz konkret immerhin ist die Zusage des Straßenausbaus auf Kosten Bayerns außerhalb Bayerns. Der Landrat handelte als Vorstand des Staatlichen Landratsamts insoweit inkorporiert in die staatliche Hierarchie und verpflichtete so rechtlich den Freistaat Bayern. Deshalb war das Placet aus München so entscheidend notwendig gewesen.

Schon am Tag nach der Unterzeichnung zog (die Fristen sind für alle in der öffentlichen Verwaltung groß Gewordenen eigentlich unfassbar: 13. November Kreistagssitzung / 14. Dezember Baubeginn) die Fa. Walter Koch aus Bad Königshofen mit ihrer Mannschaft und ihren Baumaschinen am Grenzzaun auf. Pioniere der NVA-Grenztruppen demontierten den Zaun auf ca. 20 m Breite im Umfeld der künftigen Baustelle.

Über seine Beobachtungen dort berichtete Fritz Wagner in seinem schon erwähnten Vortrag: „Allmählich trauten sich auch die Bewohner aus den umliegenden Orten auf die Baustelle und staunten über das Arbeitstempo, über den massiven Fahrzeug- und Geräteeinsatz und insbesondere auch über die Bauarbeiter, die trotz des schlechten Wetters vom Morgengrauen bis in die Nacht unentwegt ausharrten. Unter den Arbeitern erwachte so etwas wie ein Pioniergeist. Man hatte das Gefühl, dass jeder Einzelne das Seine dazu beitragen wollte, um diese 40jährige Trennung der Dörfer so schnell wie möglich zu beenden.“

Neben der sorgfältigen Planung und Vorbereitung mit einer sonst verpönten freihändigen Vergabe der Bauarbeiten

waren sie, die rastlosen Bauarbeiter, letztlich die Garanten dafür, dass die Freigabe des Grenzübergangs und der Straße bereits am 26. Januar 1990 mit einer fürwahr eindrucksvollen Feier, auch mit Unterstützung der Landkreisverwaltung erfolgen konnte. Ganz sicher war damals kein Mensch dabei, der sich nicht von der Dimension der historischen Stunde anrühren ließ. Alle waren einfach glücklich, diesen Tag nach den vielen Jahren hermetischer Abriegelung erleben zu dürfen.



Abb. 3: Die Feier zur Grenzöffnung am 26. Januar 1990.

Wie überraschend doch dieser Tag eigentlich so rasch Wirklichkeit wurde, brachte Walter Keller in seiner Begrüßung auf den Punkt: *„Als wir in der Sitzung des Kreistages Haßberge am 13. November 1989 einmütig eine Grenzöffnung konkret für diese Stelle forderten, war keinem von uns so recht klar, wie eine solche außergewöhnliche Forderung verwirklicht werden könnte.“* Die Initiatoren waren eben echte Phantasten mit einer Vision. In seinen weiteren Ausführungen stellte Keller dann im Zeitraffer den Gang der Dinge dar. Dabei waren seine Worte durchgängig geprägt von der nachhaltigen Überraschung, dass alles gelungen, vor allem so schnell gelungen war, wie er an diesem Tag bilanzieren durfte. Pragmatisch konnte Walter Keller daher schlie-

ßen: *„Sehen wir die Gegenwart als gemeinsame thüringisch-fränkische Startrampe für die Zukunft und akzeptieren wir sie – ohne Schuldzuweisungen – als Ergebnis unserer Geschichte. Mit diesem grenzüberschreitenden Selbstverständnis haben wir allen Grund, uns über die rasche Grenzöffnung und den zügigen Straßenausbau aus ganzem Herzen zu freuen und tiefe Dankbarkeit zu empfinden.“*

Das bekräftigte auch Staatssekretär Albert Meyer als Mitglied der Bayerischen Staatsregierung, indem er, vom *genius loci* erfasst, feststellte: *„Dies ist eine eindrucksvolle Demonstration des ungebrochenen Willens des deutschen Volkes, trotz jahrelanger Trennung durch Stacheldraht und Todesstreifen wieder zueinander zu kommen.“* Die Zukunft im Blick fügte er an, dass man an diesem Grenzübergang ein Zeichen gesetzt habe für den Willen, die bis vor kurzem getrennten Teile Deutschlands wieder zusammenzuführen.

Da war der Ratsvorsitzende Hans Müller schon zurückhaltender: Ziel sei, über Grenzen hinweg die Menschen enger zusammenzuführen. Dieser Schritt solle Wege ebnen zu gegenseitigen Beziehungen, freundschaftlichem Wandel und guter Zusammenarbeit in allen Bereichen. Dabei gehe es um die Ausschöpfung der Möglichkeiten einer echten Kooperation im Interesse der Menschen beider Staaten, auch um neue Wege bei der Ausgestaltung der Beziehungen.

Einen besonderen Akzent in der Feier setzte Handwerksmeister Ebert aus Hellingen, als er überraschend, „außerplanmäßig“ ans Mikrophon trat: Ab heute würden über diesen Grenzübergang Autos fahren, wo vor Wochen noch geschossen worden wäre. Die durch Jahrzehnte aufgerissenen Wunden würden noch lange brauchen, ehe sie verheilt seien. *„Was hin-*

ter uns liegt, ist Vergangenheit, darf aber nie in Vergessenheit geraten.“ Das mache der Gedenkstein zur Erinnerung an die erste Begegnung am 2. Dezember 1989 mit den Worten deutlich: „1949 teilte man unser Land. Am 2.12.1989 reichten wir uns hier wieder die Hand.“ Dass die vierzig Jahre Trennung der gemeinsamen Tradition des Festefeierns hatten nichts anhaben können, merkte man schließlich bei der Hebefeiер auf Einladung des Markts Maroldsweisach beim „Hartleb“, umrahmt von den Weisachtalern.



Abb. 4: Der Gedenkstein am Grenzübergang.

Nicht unerwähnt soll schließlich bleiben, dass auch der Landkreis Haßberge sich finanziell eingebracht hat. Er mietete vier Container für die Grenzer beider Seiten zum Schutz vor Witterungsunbilden nebst Toilettenanlage. Außerdem beschaffte der Landkreis die Leiteinrichtungen und Verkehrszeichen. Der Aufwand summierte sich immerhin auf einen Betrag von insgesamt etwa 25.000,-- DM.

Die Dokumentation schließt unter der Überschrift zeitgeschichtliches Erfolgserlebnis mit einem Zitat aus dem Weihnachtsbrief von Walter Keller an Peter Gauweiler: „Der Austausch der Vereinba-

rungen mit dem Kollegen Müller aus Hildburghausen hat mich nicht zuletzt tief bewegt, weil ich nahezu sämtliche Berufsjahre im Schatten der bis vor kurzem fast undurchdringlichen Grenze verbracht und gearbeitet habe. Immer das Ziel vor Augen, die Grenze müsse einmal überwunden werden. Immer das Wort unseres Altministerpräsidenten Alfons Goppel im Ohr: ‚Grenzen wie die zur DDR können nach geschichtlicher Erfahrung nur von einiger Dauer sein‘. Nun da die Grenze ihre Schrecken verloren hat, ist es für mich eine echte Genugtuung und Befriedigung, an einem Mosaiksteinchen mitgeformt zu haben, das einmal zu einem neuen Bild von Deutschland und Europa zusammengefügt werden wird.“

Das war eine emotionale Wertung im Lichte der unmittelbaren Ereignisse. Doch was sagen sie uns nach mehr als zwanzig Jahren. Was soll diese Dokumentation bewirken, und was rechtfertigt sie über die reine Faktenschilderung des historischen Ablaufs hinaus?

Das damalige Geschehen kann als Lehrbeispiel dafür dienen, wie man durch konzentriertes und konzentriertes Handeln unüberwindlich scheinende Hürden überwinden kann, wenn bei Vorliegen besonderer Rahmenbedingungen in der Beurteilung im überschaubaren Bereich ein konkreter Mangel auszumachen ist und dann nach einer verantwortlichen Bestandsaufnahme daraus ein Handlungsziel definiert und sogar Zuständigkeiten außer acht lassend formuliert wird, wenn voll motivierte Persönlichkeiten, die von visionärer Phantasie beseelt sind, sich zur gemeinsamen Aktion zusammenfinden und schließlich, um das ins Auge gefasste Ziel zu erreichen, konsequent handeln, zäh und nachhaltig alle Möglichkeiten nutzen, entsprechend den Gegebenheiten Dritte fordern und auch die eigentlich



Abb. 5: Der neu eröffnete Grenzübergang in Funktion.

geltenden Zuständigkeitsgrenzen als ultima ratio zu überschreiten bereit sind.

Übertragen wir diese plakativen Grundsätze – sie werden sich in der politischen Realität nur selten so kumulieren – einmal auf die entscheidenden Monate des Jahres 1989: Die geopolitische Lage war gekennzeichnet vom Zerfall des sowjetischen Imperiums, ein Faktum das die DDR-Führung, anders als ihr Volk, nicht wahrhaben wollte. Jenseits von Mauer und Stacheldraht hielt das Geschehen dort die Welt in Atem, gerade auch uns im unmittelbaren Grenzbereich.

Die Sternstunde, die Schabowski uns bescherte, regte die Phantasie an und beflügelte Visionen: Was in Berlin möglich ist, muss doch auch am südlichsten Zipfel der DDR zu erreichen sein. Die Beseitigung des Mangels durch Öffnung der Grenze bei Allertshausen. Bestandsaufnahme und Handlungsziel waren für verantwortliche Personen eins: für Ottomar Welz, der als Pragmatiker partout nicht einsah, dass man einen Umweg von 120 km in Kauf nehmen soll, um nach Hellingen zu kommen. Mit Walter Keller und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Erich

Heß abgesprochen band er die Kreispolitik mit ein und initiierte die Resolution des Kreistags. Dieses Gremium erwies sich als die geeignete Plattform, um die phantastische Vision mit der erfreulichen Erkenntnis zu präsentieren, daß alle vor Ort mitzogen.

In Walter Keller und Fritz Wagner fanden sich bis in die Haarspitzen motivierte Partner und Mitstreiter für eine Grenzöffnung und eine belastbare Verkehrsverbindung zusammen. Walter Keller hatte nahezu sein ganzes Berufsleben im Zonengrenzland verbracht. Hatte er nicht schon bei Einweihung der Riedbachtalbrücke am 21. Juli 1989 auf die Bedeutung der B 303 für die Zeit nach einer Wiedervereinigung hingewiesen.³ Fritz Wagner war für den Ausbau der B 303 wie für alle Bundes- und Staatsstraßen zuständig. Er machte sich sofort ans Planen, ans Ausloten der Bau- und Finanzierungsmöglichkeiten für die Straße von Allertshausen nach Hellingen.

Ebenso wichtig war von Anfang an, die höhere Politik in München einzubinden, die Staatssekretäre Albert Meyer und Peter Gauweiler als für Geld und Straße zuständige Mitglieder der Staatsregierung, und von der Opposition der Schweinfurter MdL Werner Hollwich. Denn in Rede standen belastbare Verkehrsverbindungen mit einer Staatsstraße, ein rechtlich abgesicherter Grenzübergang. Man bedenke: es handelte sich immer noch um zwei Staaten, die unterschiedlicher kaum sein konnten. Für uns war die DDR zwar nicht Ausland, aber immerhin als zweiter Staat auf deutschem Boden existent. Dann noch das liebe Geld: einen Ansatz im Staatshaushalt für einen Straßenbau von Allertshausen nach Hellingen gab es natürlich nicht, abgesehen davon, dass außerhalb Bayerns gebaut werden sollte.

Das war die Herausforderung für den Juristen Walter Keller. Er reizte seinen juristischen Sachverstand vollends aus, um eine staatsrechtlich relevante Vereinbarung zu Papier zu bringen. Das war ausgesprochenes Neuland. Sollte es tatsächlich möglich sein, inhaltlich tragfähige, rechtlich verbindliche Regelungen „auf unterer Ebene“ zustande zu bringen? *„Die Grenze zwischen Hellingen und Maroldsweisach OT Allertshausen wird zum frühestmöglichen Zeitpunkt geöffnet und eine Grenzübergangsstelle eingerichtet.“* Dieser Punkt 1 der Vereinbarung war „Chuzpe“ in großem Stil.

Die Verlässlichkeit des potentiellen Vertragspartners war im Grunde nicht überprüfbar. Es war auch gar nicht gewiss, dass die bisherigen Gesprächspartner morgen noch handlungsbefugt waren, das hieß also: Agieren ohne Netz und doppelten Boden. Der Ratsvorsitzende Müller bekannte offen: *„aus Berlin bekomme ich keine Nachricht“*. In dieser Übergangsphase war in der DDR keine geordnete Staatsmacht mehr vorhanden, die die untere Ebene erreichte. Da blieb nichts als die Bereitschaft, eine Voreingenommenheit gegenüber den Amtsträgern der DDR-Staatsmacht nicht aufkommen zu lassen oder zumindest hintanzustellen, ihnen für eine zukunftsorientierte Zusammenarbeit den guten Willen zuzubilligen, um die Menschen einander näher zu bringen.

Walter Kellers Überzeugung – wir müssen vor Ort das tun, was wir tun können und zwar jetzt und sofort, Zaudern und Zögern würden Chancen verspielen – war keineswegs Allgemeingut. Deshalb war es unverzichtbar, dass alle politischen Mandatsträger vor Ort an einem Strang zogen und jeweils ihre Kanäle nutzten. Fragen der Opposition in München halfen den

Akteuren vor Ort und in München und bestärkten sie.

Trotzdem fragt man sich rückblickend: Wie war das alles möglich? Die verschiedenen Termine koordinieren; Schreiben, Faxe, Telefonate absetzen; die Vereinbarung formulieren und verhandeln. Das nachhaltige Drängen auf Billigung der Vereinbarung durch den Kabinettsbeschluss in München. Möglich war das nur mit verlässlicher Kooperation. Dies ging nur mit Hilfe einer totalen Kommunikation, selbst auf die Gefahr hin, Adressaten mit permanent aktueller Information zu überhäufen, durch Nutzung aller verfügbaren Drähte nach Bonn und München. Für den Antreiber Keller bestand in den entscheidenden Tagen kein Zweifel mehr, dass die Staatsregierung mit einem Nein zur Vereinbarung, d. h., einem Nein zum Straßenbau und zur Grenzöffnung, eine große Chance in der damaligen Euphorie vertun würde. Wie man heute weiß, war die Sorge nicht ganz unberechtigt, aber Gott sei Dank siegte die Weitsicht.

Nichts allerdings bringt den überragenden Erfolg der Haßberge-Initiative m.E. deutlicher zum Ausdruck als die Aneinanderreihung von drei Daten: 13. November 1989 Kreistagssitzung und Resolution – 14. Dezember 1989 Baubeginn – 26 Januar 1990 Einweihung; dies ist eine Zeitspanne von gerade mal 74 Tagen.

Was bleibt ist ein Blick zurück mit Dankbarkeit, zu einem Zeitpunkt, als die große Politik das Thema „Wiedervereinigung“ noch nicht verbalisieren durfte bzw. wollte, ein mutiges Zeichen gesetzt zu haben. Dieses mag so manchem Zeitgenossen heute als Kleinigkeit erscheinen, was allerdings wirklich nur die sagen können, die die damalige, bisweilen hektische Zeit nicht bewusst miterlebt haben.

Rainer Freiherr von Andrian-Werburg, in Würzburg 1944 geboren, nach Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Würzburg und Berlin Juristischer Staatsbeamter in Bayern mit Stationen am Landratsamt Haßberge und im Bayer. Staatsministerium der Innern, dazwischen vom Juni 1990 bis Oktober 1992 in Erfurt als Verwaltungshelfer in Thüringen, zuletzt von 2001 bis zum Ruhestand 2009 Oberpflegamtsdirektor der Stiftung Juliusspital Würzburg. Seine Anschrift: Spitalgasse 2, 97437 Haßfurt, rainer@andrian.de.

Dr. phil. Walter Keller, in Schweinfurt 1934 geboren, nach Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Würzburg, Freiburg i.Br. und Speyer/Rhein von 1962 bis 1967 Verwaltungsjurist in Bayern mit Stationen an der Regierung von Unterfranken sowie an den Landratsämtern Mellrichstadt und Haßfurt. 1968 bis 1990 Landrat der Kreise Haßfurt und Haßberge. 1992 bis 1998 an der Universität Bamberg Magisterstudium in Geschichte und 2003 Promotion. Seine Anschrift: Salzmarkt 12, 97486 Königsberg i. Bay., dr.walter.keller@t-online.de.

Anmerkungen:

- * Beim vorstehenden Beitrag handelt es sich um die leicht gekürzten Ausführungen der beiden Autoren anlässlich der Vorstellung der Dokumentation in Maroldsweisach am 27. April 2012. Der Vortragsstil wurde beibehalten.
- 1 Aus Stefan Zweig: Sternstunden der Menschheit. Zwölf historische Miniaturen.
- 2 Walter Keller/Rainer Frhr. v. Andrian-Werburg: Grenzöffnung und Straßenbau zwischen den Landkreisen Haßberge und Hildburghausen zur Jahreswende 1989/90 (Schriftenreihe des Historischen Vereins Haßberge e.V., Heft 7). Haßfurt 2012, S. 19.
- 3 Nachzulesen auf S. 10 der Dokumentation.



halbigdruck
offset digital

EGLMAIER VERLAG
Fachverlag für Handel
Behörden und Industrie

Heisenbergstraße 3 Telefon 09 31/2 76 24 info@halbigdruck.de
97076 Würzburg Telefax 09 31/2 76 25 www.halbigdruck.de